

Beschlussempfehlung

Hannover, den 10.12.2025

Ausschuss für Inneres und Sport

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/8503

Berichterstattung: Abg. Stefan Marzischewski-Drewes (AfD)

(Es ist ein schriftlicher Bericht vorgesehen.)

Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 19/8503 mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen anzunehmen.

Doris Schröder-Köpf
Vorsitzende

Gesetzentwurf der Landesregierung- Drs. 19/8503

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

Gesetz
zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes
über den Finanzausgleich

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Gesetzes
über den Finanzausgleich

Das Niedersächsische Gesetz über den Finanzausgleich in der Fassung vom 14. September 2007 (Nds. GVBl. S. 466), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 4 wird das Komma durch das Wort „sowie“ ersetzt.
 - bb) Die bisherigen Nummern 5 bis 8 werden durch die folgende neue Nummer 5 ersetzt:

„5. einen jeweils mit dem einheitlichen Vmhundertsatz nach Satz 1 Nr. 1 vervielfältigten Betrag in Höhe von

 - a) jeweils 119 000 000 Euro in den Jahren 2026 und 2027 zur anteiligen Finanzierung der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten,
 - b) jeweils 190 000 000 Euro in den Jahren 2025 und 2026 zur anteiligen Finanzierung von Maßnahmen der Weiterentwicklung der Qualität und Verbesserung der Teilhabe in der Kindertagesbetreuung,
 - c) 28 936 510 Euro im Jahr 2024 und in Höhe von jeweils 57 873 020 Euro in den Jahren 2025 bis 2029 zur anteiligen Finanzierung der Umsetzung des Startchancen-Programms,
 - d) jeweils 10 000 000 Euro in den Jahren 2024 bis 2028 zur anteiligen Finanzierung der kommunalen Wärmeplanung,

Gesetz
zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes
über den Finanzausgleich

Artikel 1

Das Niedersächsische Gesetz über den Finanzausgleich in der Fassung vom 14. September 2007 (Nds. GVBl. S. 466), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 118), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) *unverändert*
 - bb) Die bisherigen Nummern 5 bis 8 werden durch die folgende neue Nummer 5 ersetzt:

„5. einen jeweils mit dem einheitlichen Vmhundertsatz nach Satz 1 Nr. 1 vervielfältigten Betrag in Höhe von

 - a) jeweils **99 000 000** Euro in den Jahren 2026 und 2027 zur anteiligen Finanzierung der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten,
 - b) *unverändert*
 - c) *unverändert*
 - d) *unverändert*

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/8503

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

e) 70 000 000 Euro im Jahr 2026 zur anteiligen Finanzierung der Umsetzung des am 29. September 2020 von der Bundeskanzlerin sowie den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder unterzeichneten Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst sowie

e) *unverändert*

f) 15 000 000 Euro im Jahr 2026 zur anteiligen Finanzierung der stufenweisen Einführung eines Anspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder.“

f) *unverändert*

b) Es werden die folgenden Sätze 3 und 4 angefügt:

„³Übersteigt das dem Land zustehende Aufkommen an der Umsatzsteuer in einem Jahr für die in Satz 2 Nr. 5 bezeichneten Aufgaben den für das entsprechende Jahr ausgewiesenen Betrag, so verringert sich die Zuweisungsmasse für das nächste Haushaltsjahr entsprechend. ⁴Im umgekehrten Fall erhöht sich die Zuweisungsmasse für das nächste Haushaltsjahr entsprechend.“

b) Es werden die folgenden Sätze 3 und 4 angefügt:

„³Übersteigt **der** dem Land zustehende **Betrag aus der Aufteilung** der Umsatzsteuer in einem Jahr für die in Satz 2 Nr. 5 bezeichneten Aufgaben den für das entsprechende Jahr ausgewiesenen Betrag, so verringert sich die Zuweisungsmasse für das nächste Haushaltsjahr entsprechend. ⁴Im umgekehrten Fall erhöht sich die Zuweisungsmasse für das nächste Haushaltsjahr entsprechend.“

2. § 3 wird wie folgt geändert:

2. *unverändert*

a) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 wird die Angabe „50,9“ durch die Angabe „53,8“ ersetzt.

bb) In Nummer 2 wird die Angabe „49,1“ durch die Angabe „46,2“ ersetzt.

b) Satz 3 wird gestrichen.

3. § 7 wird wie folgt geändert:

3. *unverändert*

a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden nach den Worten „Zwölften Buch des Sozialgesetzbuchs“ das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und nach den Worten „Zweiten Buch des Sozialgesetzbuchs“ die Worte „und für die Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen nach dem

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/8503

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

Neunten Buch des Sozialgesetzbuchs“
eingefügt.

bb) In Satz 3 wird die Angabe „64,9“ durch
die Angabe „74,9“ und die Angabe „25“
durch die Angabe „17,1“ ersetzt.

b) In Absatz 4 Satz 3 wird die Angabe „64,9“
durch die Angabe „74,9“ und die Angabe „10,1“
durch die Angabe „8,0“ ersetzt.

4. § 11 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Hebe-
sätze“ die Worte „des vorvergangenen Haus-
haltsjahres“ eingefügt und nach dem Wort
„Einwohnern“ die Worte „im vorvergangenen
Haushaltsjahr“ gestrichen.

b) In Nummer 2 werden nach dem Wort „Hebe-
sätze“ die Worte „des vorvergangenen Haus-
haltsjahres“ eingefügt und nach dem Wort
„Einwohnern“ die Worte „im vorvergangenen
Haushaltsjahr“ gestrichen.

5. Im Zweiten Teil werden der Dritte und Vierte Ab-
schnitt gestrichen.

6. In § 20 Abs. 1 Satz 4 wird die Angabe „250“ durch
die Angabe „7 500“ ersetzt.

7. § 24 erhält folgende Fassung:

„§ 24
Übergangsvorschriften

(1) Abweichend von § 9 Abs. 1 werden als
Messbeträge der Grundsteuern A und B in den Jah-
ren 2026 und 2027 die für den Finanzausgleich im
Haushaltsjahr 2025 errechneten Messbeträge her-
angezogen.

(2) Abweichend von § 11 Abs. 1 Nr. 1 und
Abs. 3 werden als Steuerkraftzahlen bei den Grund-
steuern A und B in den Jahren 2026 und 2027 die
für den Finanzausgleich im Haushaltsjahr 2025 be-
rücksichtigten Steuerkraftzahlen bei den Grundsteu-
ern A und B berücksichtigt.“

4. *unverändert*

5. *unverändert*

6. *unverändert*

7. § 24 erhält folgende Fassung:

„§ 24
Übergangsvorschriften

(1) Abweichend von § 9 Abs. 1 **und § 10
Abs. 1** werden als Messbeträge der Grundsteu-
ern A und B in den Jahren 2026 und 2027 die für
den Finanzausgleich im Haushaltsjahr 2025 errech-
neten Messbeträge herangezogen.

(2) Abweichend von § 11 Abs. 1 Nr. 1 und
Abs. 3 werden als Steuerkraftzahlen bei den Grund-
steuern A und B in den Jahren 2026 und 2027 die
für den Finanzausgleich im Haushaltsjahr 2025 be-
rücksichtigten Steuerkraftzahlen bei den Grundsteu-
ern A und B berücksichtigt. _

**(3) Abweichend von § 2 Satz 1 Nr. 1 werden
in den Jahren 2027 bis 2029 jeweils
50 000 000 Euro zusätzlich für Bedarfszuweisun-
gen bereitgestellt.“**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/8503

Empfehlungen des Ausschusses für Inneres und Sport

Artikel 2
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Artikel 2

unverändert